

AUSGABE 5 | 2023

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Nach Bund-Länder-Gipfel zu Geflüchteten: Ergebnisse helfen bei steigenden Flüchtlingszahlen nicht weiter

Inflation steigert kommunale Ausgaben deutlich mehr als Einnahmen

Städtetagsvizepräsident besucht Heimatstadt Siegen

Hitzevorsorge in den Städten

AUS DEN STÄDTEN

ADFC-Fahrradklimatest 2022: Zehn Mitgliedsstädte besonders fahrradfreundlich

FORUM

Kommunen und Energiekrise: Energiesperren vermeiden, Belastungen verringern

Modellprojekt zu Tempo 30 in der Innenstadt in Saarbrücken gestartet

Nach Bund-Länder-Gipfel zu Geflüchteten: Ergebnisse helfen bei steigenden Flüchtlingszahlen nicht weiter

„Dieses Treffen war für uns unterm Strich eine ziemliche Enttäuschung.“ Mit diesen Worten wertete Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster die Ergebnisse und Verabredungen nach dem Treffen von Vertretern von Bund und Ländern zu Flüchtlingsfragen am 10. Mai 2023. Gegenüber der Rheinischen Post sagte Lewe weiter:

„Bund und Länder hätten die letzten Wochen und Monate nutzen müssen, um gemeinsam eine Lösung zu finden, statt sich jetzt wieder bis Juni zu vertagen. Das ist ein schlechtes Signal an die Städte. Der Handlungsbedarf bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten ist doch seit Monaten offensichtlich. Die Städte werden jetzt trotzdem weiter auf der Wartebank sitzengelassen, obwohl der Druck vor Ort Tag für Tag steigt. Das sorgt für viel Frust.

Der Bund hat eine Verantwortung bei der Flüchtlingsfinanzierung, der muss er sich stellen. Die Städte haben immer mehr Aufgaben bei Unterbringung und Integration. Gleichzeitig steigen die Flüchtlingszahlen. Das ewige Schwarze-Peter-Spiel zwischen Bund und Ländern muss ein Ende haben. Integration ist kein Planspiel um Zahlen, sondern fordert uns in den Städten ganz konkret. Daraus darf keine Überforderung werden, deshalb hätten wir besser gestern als heute klare Zusagen für mehr Unterstützung gebraucht.

Die jetzt zugesagte zusätzliche eine Milliarde Euro des Bundes für dieses Jahr ist nicht das, was die Städte brauchen. Alle paar Monate einen fixen Betrag zugeschoben zu bekommen, das hilft uns bei steigenden Flüchtlingszahlen nicht weiter. Wir brauchen Planungssicherheit. Die bekommen

© Paul-Philipp Braun



„Wir brauchen Planungssicherheit. Die bekommen wir nur mit einer dauerhaften Regelung zur Finanzierung der Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten, die sich steigenden Zuzugszahlen anpasst.“

Markus Lewe,
Präsident des Deutschen
Städtetages und Oberbürger-
meister der Stadt Münster



Foto: Frank Gärtner adobe stock.com

wir nur mit einer dauerhaften Regelung zur Finanzierung der Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten, die sich steigenden Zuzugszahlen anpasst. Wir werden immer wieder mit Fluchtbewegungen nach Deutschland und Europa zu tun haben. Da können wir uns nicht Jahr für Jahr einen neuen monatelangen Verhandlungsmarathon von Bund und Ländern leisten.

Die zugesagte zusätzliche Milliarde soll außerdem teilweise für die Digitalisierung der Ausländerbehörden eingesetzt werden. Da bleibt dann weniger für Unterbringung und Integration. Und wie viel von dem Geld am Ende bei den Kommunen ankommt, wissen wir noch nicht. Der einzige Lichtblick ist, dass Bund und Länder jetzt weitersprechen wollen, auch über ein neues System der Finanzierung. Das kommt aber alles verdammt spät. Ein Arbeitsprozess ist noch kein Ergebnis. Dass es jetzt erst im November fixe Beschlüsse geben soll, sorgt in den Städten für Kopfschütteln.“

TITELFOTO

Surfen mitten in Hannover...

... das geht in direkter Nähe des Niedersächsischen Landtages auf der Leinewelle. Die künstlich erzeugte Strömungswelle im Fluss Leine wurde am 28. April von Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay, Regionspräsident Steffen Krach und weiteren Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eröffnet. Acht Jahre haben Planungen und Realisation gedauert. 2021 war der Baubeginn. Insgesamt gut 1,4 Millionen Euro flossen in das Projekt, das vom Trägerverein Leine-welle e.V betrieben wird.

➔ www.hannover.de

(Foto: Deutscher Wellenreitverband e.V & INSHORE)

Inflation steigert kommunale Ausgaben deutlich mehr als Einnahmen

Zu den Ergebnissen der aktuellen Steuerschätzung sagte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages: „Durch die Inflation steigen die Ausgaben der Städte und Gemeinden in weit höherem Umfang als ihre Steuereinnahmen. Im Saldo verschlechtert sich die kommunale Finanzlage dramatisch. Die zunehmenden Finanzierungslasten für die Aufnahme und Integration von Geflüchteten und kommunale Maßnahmen zu Klimaschutz, Wärme- und Klimaanpassung kommen noch hinzu.“

„Durch die Inflation steigen die Ausgaben der Städte und Gemeinden in weit höherem Umfang als ihre Steuereinnahmen.“

Helmut Dedy,
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages

Die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler verschärfen die Situation, so Dedy: „Es ist kein gutes Zeichen, dass der Bund bei der Flüchtlingsfinanzierung weiter auf Hinhalten taktik setzt und eine kurzsichtige Politik nach Kassenlage betreibt. Die Aufnahme und Integration von Geflüchteten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller. Die eine zusätzliche Milliarde Euro kann die hohen Belastungen höchstens abfedern, sofern sie überhaupt bei den Kommunen ankommt. Sie ersetzt aber keine strukturelle auskömmliche Finanzierung. Wir brauchen bei der Flüchtlingsfinanzierung eine tragfähige dauerhafte Regelung: Sind viele geflüchtete Menschen zu versorgen und zu integrieren, muss sich der Bund mit einem hohen Betrag beteiligen; sinken die Zahlen, wird dieser Betrag automatisch zurückgehen.“

Zentrale Ergebnisse der Steuerschätzung für die Städte und Gemeinden

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen prognostiziert für die Städte und Gemeinden eine Steigerung ihrer Steuereinnahmen um 2,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Für den Bund werden Einnahmesteigerungen von 6,7 Prozent erwartet, für die Länder ein Rückgang in Höhe von 1,0 Prozent.

Foto: stock.adobe.com, Andrey Popov



Die Gewerbesteuer ist die wichtigste eigene Steuer der Städte. Ihr Gesamtaufkommen wird 2023 voraussichtlich bei 71,5 Milliarden Euro liegen, im Jahr 2024 voraussichtlich bei 73,8 Milliarden Euro.

Schätzung angepasst

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen hat seine Einnahmeerwartungen für die kommenden Jahre gegenüber seiner letzten Schätzung vom November 2022 deutlich geändert, obwohl sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nur wenig geändert haben. Ursache dafür sind insbesondere die erfolgten Steuerrechtsänderungen sowie die Ergebnisse für das Jahr 2022. So führt zum Beispiel das Inflationsausgleichsgesetz vom Dezember letzten Jahres ab dem Jahr 2024 zu Einnahmeverlusten für die Städte und Gemeinden in Höhe von 5 Milliarden Euro jährlich.

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen legte seiner Prognose die Projektion der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Entwicklung vom April zugrunde. In dieser Prognose geht der Bund von einer Inflationsrate in Höhe von ca. 5,5 Prozent im aktuellen Jahr aus.



Foto: Stadt Siegen, Sabine Schütz

Städtetagsvizepräsident besucht Heimatstadt Siegen

Städtetagsvize Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig hat sich im Rubenssaal des Siegerlandmuseums im Oberen Schloss in das Goldene Buch der Stadt eingetragen. Jung, der in Siegen geboren und aufgewachsen ist, besuchte seine Heimatstadt, wo er das Löhrtor-Gymnasium absolviert und nach dem Lehramtsstudium in Münster am Evangelischen Gymnasium in Weidenau Deutsch und evangelische Religion unterrichtet hatte. Gegenüber Siegens Oberbürgermeister Steffen Mues lobte Jung die städtebauliche Entwicklung Siegens in den vergangenen Jahren, vor allem die Öffnung des Flusses, mit dem „Grün und Blau“ in die Stadtmitte zurückgeholt worden seien.



Hitzevorsorge in den Städten

Von Helmut Dedy

„36 Grad, und es wird noch heißer“ – was im Hit der Band 2raumwohnung unbeschwert besungen wird, wird mehr und mehr Realität in deutschen Städten. Wir spüren den Klimawandel und gerade Hitze ist eine große Belastung für Mensch und Natur. In Zukunft werden Extremtemperaturen und Hitzewellen weiter zunehmen. Nicht selten wird die Temperaturmarke von 40 °C überschritten, zuletzt auch in Norddeutschland, wie im vergangenen Sommer in Hamburg.

Städte sind im Vergleich zum Umland aufgrund ihrer dichten Bebauung, des hohen Versiegelungsgrads und wenig Grün besonders von extremen Temperaturen betroffen. Durch die erhöhte Wärmespeicherung entstehen Wärmeinseln mit deutlich höheren Temperaturen als im Umland, gerade nachts. Hitzewellen beeinträchtigen spürbar die Lebensqualität in Städten. Noch wichtiger aber ist, dass Hitze ein ernstes Gesundheitsrisiko für vulnerable Gruppen wie Kinder, ältere sowie chronisch

krank Menschen und Obdachlose darstellt. Hitze kann krank machen. Besonders betroffene Menschen und Gruppen müssen daher besser geschützt werden. Maßnahmen in Einrichtungen der Pflege und Krankenhäusern sowie Schulen und Kindertagesstätten sind besonders wichtig.

Die Städte haben längst erkannt, dass Hitzevorsorge und Hitzeschutz zentrale Aufgaben sind. Bereits heute werden vielfältige Maßnahmen in Städten ergriffen. Trinkbrunnen werden aufgestellt, Bäume gepflanzt und Frischluftschneisen freigehalten. Immer mehr hilft uns hier auch die Digitalisierung. Anhand von Klimadaten wird die Hitzebelastung im Stadtgebiet analysiert. Quartiersbezogene Daten helfen, Gebiete mit einem hohen Anteil von Risikogruppen oder die Lage von Pflegeheimen und Krankenhäusern zu identifizieren. Daten sind eine zentrale Grundlage für die Erarbeitung von Hitzeszenarien und räumliche Verortung von Maßnahmen. In Hitze-Apps und interaktiven

Stadtplänen können sich Hitzegeplagte gezielt kühle Orte anzeigen lassen und ihre eigenen Lieblingsplätze vorschlagen. Damit kann Jeder und Jede ganz einfach einen Beitrag zur nachhaltigen Stadtplanung leisten.

Trotz dieser vielen Maßnahmen müssen wir beim Thema Hitzeschutz noch viel lernen. Sensibilisierung, Aufklärung und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger sind zentrale Ziele. In vielen Städten werden bereits spezifische Informationsangebote und -kampagnen ergriffen. Hinweistafeln im Stadtgebiet weisen auf Hitzeereignisse und Verhaltenstipps hin. Hier wünschen wir uns mehr Unterstützung von Bund und Ländern. Hilfreich wären Bausteinsysteme von Informations- und Schulungsmaterialien oder gar Spots, um die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort bedarfsgerecht und passgenau zu unterstützen.

Hitzevorsorge und Hitzeschutz sind Querschnittsthemen. Konzepte und Maßnahmen betreffen die Bereiche Gesundheit und Soziales ebenso wie die Stadtplanung und Grün- und Freiraumplanung. Dennoch lassen sich in den dicht bebauten Städten die notwendigen, vor allem baulichen Maßnahmen nicht immer sofort umsetzen. Gleichzeitig können Hitzevorsorge und Hitzeschutz nur gelingen im Zusammenschluss mit den lokalen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, wie der Ärzteschaft, den Kitas und Schulen, den Einrichtungen des Gesundheitswesens, den Kassen, dem Rettungswesen, der Zivilgesellschaft oder den Planern und Architekten. Über die Bündelung von Wissen und langfristige Allianzen wird eine systematische und systemische Herangehensweise möglich, die die Effektivität und Reichweite von Maßnahmen stärkt. Ein zentrales Instrument sind Hitzeaktionspläne, die in einigen Städten bereits erarbeitet werden und Maßnahmen vernetzen. Dabei werden verschiedene Zeithorizonte berücksichtigt, um sowohl kurzfristig auf Hitzeereignisse zu reagieren als auch langfristige Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen. Erste Arbeitshilfen

zur Erarbeitung von Hitzeaktionsplänen bestehen bereits, reichen jedoch nicht aus. Angesichts der im Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz vom 1. Oktober 2020 formulierten Erwartungshaltung der Länder, dass Kommunen bis 2025 Hitzeaktionspläne erstellt haben müssen, ist jedoch weitere Unterstützung auf Bundes- und Landesebene gerade auch für die Umsetzung der Pläne dringend erforderlich.

Der Deutsche Städtetag möchte mit seinem Diskussionspapier „Damit Hitze nicht krank macht: wie Städte cool bleiben“ dieses wichtige Thema sichtbar machen. Das Papier zeigt die zentralen Arbeitsfelder und Herausforderungen kommunaler Hitzevorsorge auf, illustriert innovative Möglichkeiten einer kommunalen Hitzevorsorge im Hinblick auf verschiedene Zielgruppen und formuliert Forderungen an Bund und Länder.

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer Deutscher Städtetag



Diskussionspapier des Deutschen Städtetages: www.staedtetag.de/hitze-in-den-staedten

Foto: Schiebezimmer GmbH



Mainz: mainz STORE ersetzt Tourist-Info

Eine Verdreifachung der Besucherzahlen im Vergleich zur alten Tourist-Info, 50 Prozent einheimische und 50 Prozent touristische Besucher, geglückte Standortförderung, die Vermeidung von Leerstand und der Gewinn des Tourismuspreises Rheinland-Pfalz. Das ist ein Teil der Erfolgsbilanz der Stadt Mainz mit dem mainz Store, als Erlebnis- und Informationszentrum in 1A-Lage am Mainzer Domplatz. Das Projekt mainzStore, 2019/2020 gestartet, stellte die Marke #mainzgefühl als Grundlage für das Gestaltungs- und Storytellingkonzept in den Mittelpunkt. Es bietet ein Mischkonzept aus touristischer Information, Mainz-Shop, Info-Vinothek, Eventfläche und eine Dauerausstellung zur Mainzer Lebensart (#mainzgefühl).

➔ www.mainz-store.com

Braunschweig: Eine Gewinnerin des Climate-Star-Awards

Die Stadt Braunschweig gehört zu den Gewinnern des 10. Climate-Star-Wettbewerbs. Der Preis wird vom Klima-Bündnis vergeben, einem Städtenetzwerk mit mittlerweile fast 2.000 Mitgliedskommunen aus über 25 europäischen Ländern. Der Climate-Star-Award ehrt herausragende Beispiele des kommunalen Klimaschutzes, Braunschweig wegen einer eigens gegründete Genossenschaft, welche die Energiewende voranbringt und die Projektierung von Photovoltaik-Projekten begleitet.

Foto: Klimabündnis Niederösterreich, Alexander Braun



Hochwasserszenarien in Wiesbaden online abrufbar

Welche Bereiche in Wiesbaden sind bei welcher Art Hochwasser gefährdet? Eindrücke davon vermittelt eine Karte des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie. Sie kann auf verschiedenen Szenarien hin kalibriert werden und ist online abrufbar. Sie zeigt auch: Hochwasser ist nicht gleich Hochwasser. Es macht Unterschiede, ob Starkregen plötzlich viele Bäche und kleinere Gewässer im Stadtumfeld anschwellen lässt oder ob Großwetterlagen über mehrere Tage die Flusspegel von Rhein und Main kontinuierlich ansteigen lassen.

➔ <https://t1p.de/HochwasserWiesbaden>

Freiburg: Erster Solardach-Radweg Deutschlands eröffnet

In Freiburg ist ein Radweg an der Messe auf 300 Metern Länge mit lichtdurchlässigen Solarmodulen überdacht worden. Die Solaranlage soll pro Jahr etwa 280.000 Kilowattstunden Ökostrom erzeugen. Das entspräche in etwa dem jährlichen Strombedarf von mehr als 180 Menschen. Der Solardach-Radweg ist ein gemeinsames Pilotprojekt der Stadt Freiburg und einer Tochterfirma des Energieversorgers Badenova. Diese hat die Radwegüberdachung geplant und errichtet, die Stadt das Grundstück gestellt und mit Mitteln aus dem Klimaschutzfonds unterstützt. Pächter der Anlage ist das Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme ISE, das im Bereich Verkehrswege Photovoltaik forscht.



Visualisierung: Stadt Freiburg

➔ www.freiburg.de

ADFC-Fahrradklimatest 2022: Zehn Mitgliedsstädte besonders fahrradfreundlich

Bremen, Frankfurt am Main, Hannover, Münster, Karlsruhe, Freiburg im Breisgau, Erlangen, Göttingen und Darmstadt gehören zu den fahrradfreundlichsten Großstädten in Deutschland. Köln, Bonn, Koblenz und Landshut gehören zu den Städten mit den stärksten Verbesserungen im Vergleich zum Fahrradklimatest 2020. Außerdem erreichte Tübingen in der Kategorie der Städte über 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner den dritten Platz. Insgesamt kamen zehn Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages unter die Top-Platzierungen. Mehr als 245.000 Radfahrende nahmen an den Befragungen zum Test teil und bewerteten 1.114 Städte und Gemeinden.

➔ <https://fahrradklima-test.adfc.de>



Kommunen und Energiekrise: Energiesperren vermeiden, Belastungen verringern

Die steigende Energiearmut in Deutschland wird zu einer zunehmenden sozialpolitischen Herausforderung für Kommunen. Rund 4 Millionen Stromkundinnen und -kunden erhielten 2021 eine Sperrandrohung von ihrem Versorger. Im Gasbereich sieht es nicht besser aus. Unabhängig von der tatsächlich durchgeführten Anzahl der Sperren, entstehen mit jedem Vorgang hohe Aufwände, die Betroffene und Versorger zusätzlich belasten. Mehr Transparenz in der Energieversorgung und Prepaid-Modelle mit flexiblen Zahlungsmöglichkeiten sorgen vor und können Abhilfe schaffen.

Internationale Studien zeigen schon lange: Wer seinen Energieverbrauch kennt und sich regelmäßig damit beschäftigt, spart nicht nur langfristig, sondern läuft auch seltener Gefahr Schulden aufzubauen.

Internationale Studien zeigen schon lange: Wer seinen Energieverbrauch kennt und sich regelmäßig damit beschäftigt, spart nicht nur langfristig, sondern läuft auch seltener Gefahr Schulden aufzubauen. Neben Aufklärung, zum Beispiel in Form einer Energieberatung, sollte deshalb sichergestellt sein, dass Verbraucher:innen zeitgemäße Unterstützung beim Monitoring ihres Verbrauchs erhalten – zum Beispiel in Form einer App, die Verbräuche verständlich visualisiert.

Doch nicht nur der Überblick über den eigenen Verbrauch hilft dabei, Energiesperren zu vermeiden. (Energie-)Armut und die damit verbundenen Probleme treffen noch überwiegend den sozial prekären Teil der Gesellschaft, der von der aktuellen Situation mit steigenden Energiepreisen und Inflation bereits besonders geschwächt ist.

Das klassische Abschlagsmodell lässt außer Acht, dass diese Menschen in vielen Fällen über ein unregelmäßiges Einkommen verfügen. Hohe Abschläge, die zu Regelterminen gezahlt werden müssen, können so häufig nicht bedient werden.

Prepaid-Modelle können in diesem Fall die notwendige Zahlungsflexibilität bieten, da sie in der Regel keine festen Zahltermine und -beträge vorgeben, sondern nach Verfügbarkeit bedient werden können. Dadurch, dass Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Energie mit einer Vorauszahlung bezahlen, können Energieschulden gar nicht erst entstehen.

Wie diese Ansätze in der Praxis umgesetzt werden können, zeigt eine Ausgründung der

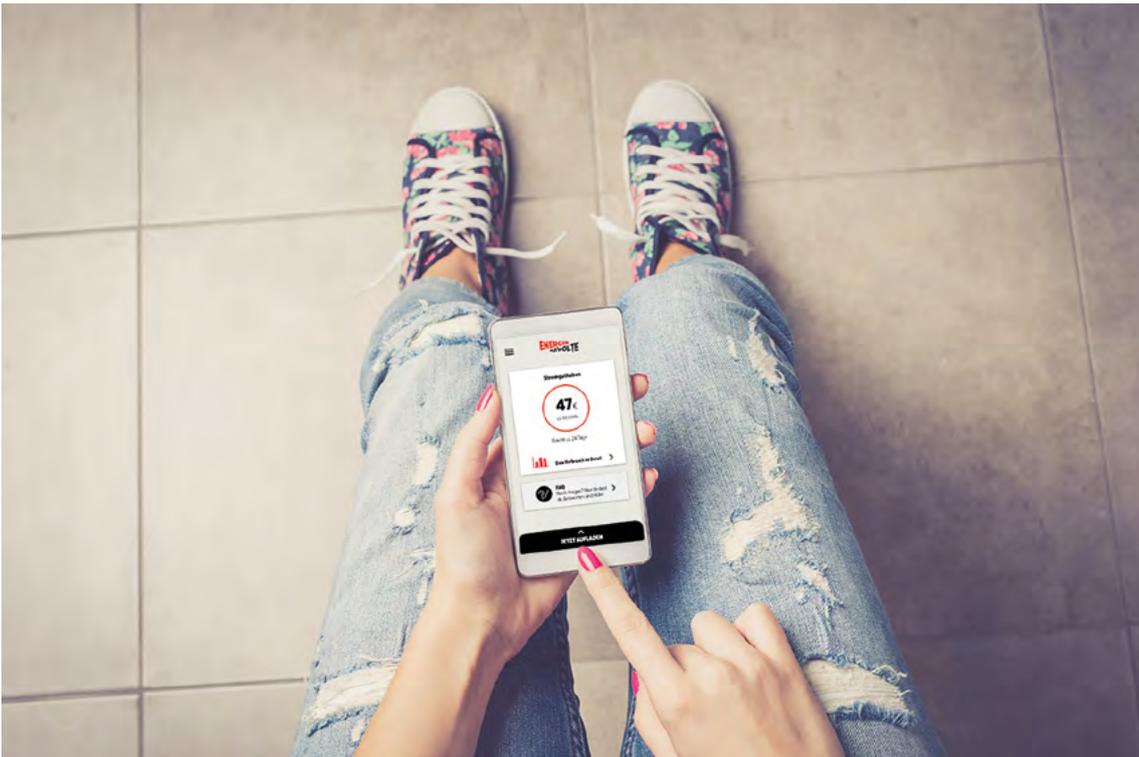
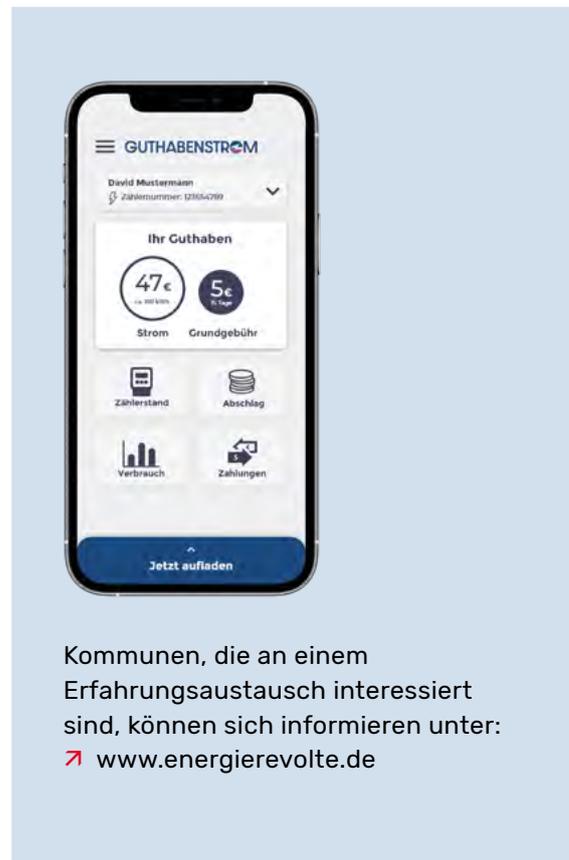


Foto: iStock.com, Leszek Czerwonka

Stadtwerke Düren – die „EnergieRevolte“. Das Unternehmen bietet seit 2018 einen der ersten Prepaid-Tarife Deutschlands an. „Wir konnten mit unserem Angebot vielen Menschen helfen, ihre Energieschulden nachhaltig in den Griff zu bekommen“, sagt Geschäftsführer André Jumpertz.

Aus der guten Erfahrung ist nun das Produkt „Mobile Energy“ entstanden. Das Stufenmodell stellt Energieversorgern eine App mit Online-Zahlungsmöglichkeiten sowie das notwendige Knowhow und die Software zum Angebot eigener Prepaid-Tarife zur Verfügung.

Das kommt auch den Kommunen zugute, denn durch die Vermeidung von Energiesperren, kann der ohnehin schon große sozialpolitische Druck auf ihren Schultern verringert werden.



Kommunen, die an einem Erfahrungsaustausch interessiert sind, können sich informieren unter:
www.energierevolte.de

Modellprojekt zu Tempo 30 in der Innenstadt in Saarbrücken gestartet

Foto: Ries/Christ



Flächendeckend Tempo 30 im Bereich des Zentrums – das probiert die saarländische Landeshauptstadt aktuell im Zuge eines Modell- und Forschungsprojektes aus. Die Stadt möchte damit eine höhere Aufenthalts- und Lebensqualität im zentralen Innenstadtbereich schaffen, die Verkehrssicherheit rund um die Fußgängerzonen und die Fahrradzone verbessern und Lärmbelastungen senken. Insgesamt 14 Straßen der Stadt sind dafür ausgewählt worden.

Flächendeckender Bereich mit reduzierter Geschwindigkeit

Für das Modellprojekt werden im Kernstadtbereich von Saarbrücken bereits bestehende und neue Tempo-30-Straßenabschnitte so kombiniert, dass für die Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer ein sinnvoller und nachvollziehbarer Bereich entsteht. Wie lange Autos in diesem Bereich für ihre Fahrten brauchen, wird maßgeblich vom Takt der Ampelanlagen bestimmt, nicht aber von der höchstens kurzzeitig erreichbaren Höchstgeschwindigkeit. Insofern könnte ein Ergebnis des Modellprojektes auch sein, dass der Verkehr sogar stetiger fließt.

Ergebnisse werden dieses Jahr gesammelt

Saarbrücken ist zur Durchführung des Modellprojektes als eine von drei Städten in das Bundesforschungsprojekt „Nachweis der Auswirkungen von Tempo 30 auf innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen“ aufgenommen worden. Das Projekt nimmt eine Vorher/Nachher-Untersuchung vor. Die Vorher-Erhebungen haben bereits im Oktober 2022 stattgefunden. Die Nachher-Untersuchungen sind im Laufe dieses Jahres vorgesehen. Sie sollen unter anderem zeigen, inwiefern eine Höchstgeschwindigkeit von 30 Kilometern pro Stunde Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit an den Ampeln hat und wie sich die Situation im Hinblick auf Verkehrssicherheit und Luftschadstoffe verbessert. Außerdem wird untersucht, wie sich die reduzierte Geschwindigkeit auf die Fahrtzeit des öffentlichen Nahverkehrs und auf den Verkehrslärm auswirkt. Das Projekt läuft in enger Abstimmung mit der Straßenverkehrsbehörde und dem saarländischen Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz.

Unterstützung für Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“

Saarbrücken unterstützt mit dem Modellprojekt auch die Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ des Deutschen Städtetages und der Agora Verkehrswende. Die Landeshauptstadt ist dafür der Initiative beigetreten. Diese wird von beinahe 400 deutschen Städten und Kommunen unterstützt. Sie fordert vom Bund, die Gesetzeslage in Deutschland so zu ändern, dass die Kommunen selbst entscheiden können, wo sie niedrigere Höchstgeschwindigkeiten als 50 Kilometer pro Stunde für angemessen halten.

➤ www.saarbruecken.de



Foto: Stadt Eisenach, Tino Sieland

Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement in Eisenach

„Wärmewende gestalten – Wie Kommunen ins Handeln kommen!“ lautet das Motto, unter dem rund 200 Fachleute aus Energiemanagement, Klimaschutz und Gebäudewirtschaft am 12. und 13. Juni in der Stadt Eisenach tagen. Auf dem Programm stehen Podiumsgespräche und Workshops sowie Exkursionen und der fachliche Austausch. Veranstalter sind das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) gemeinsam mit der Stadt Eisenach, Kooperationspartner u. a. die Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA), der Arbeitskreis „Energiemanagement“ des Deutschen Städtetages und der Deutsche Städtetag.

➔ www.difu.de/17784

Potenziale der Flächennutzungsplanung für die Innenentwicklung

Wie lässt sich die Flächennutzungsplanung stärker dafür nutzen, in der Innenentwicklung von Städten nötige Klimafolgeanpassungen vorantreiben? Mit dieser Frage beschäftigt sich das Difu in seinem neuen Policy Paper. Thematisiert werden unter anderem die Berücksichtigung von Baulücken, Brachflächen und einer Nutzungsintensivierung, aber auch nötige Anpassungen des gesetzlichen Rahmens. 60 Prozent der Flächennutzungspläne in Kommunen sind älter als 15 Jahre, 30 Prozent älter als 30 Jahre und 20 Prozent sogar älter als 40 Jahre. Das ist das Ergebnis einer Kommunalbefragung des Difu von 2020. Angesichts knapper Personalressourcen und anderer drängender Aufgaben scheuten Städte und Gemeinden außerdem häufig den Aufwand einer Neuaufstellung. Die böte jedoch gerade mit Blick auf die nötigen Transformationsprozesse wie die Anpassung an den Klimawandel viel Potenzial. Das Difu-Policy-Paper ist die erste Veröffentlichung einer neuen Difu-Publikationsreihe zu allen kommunal relevanten Themen.

➔ www.difu.de/17876



Foto: HWG, Schweitzer



42. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Köln



„Unsere Städte – gemeinsam neue Wege wagen“ – unter diesem Motto versammeln sich vom 23. bis 25. Mai 2023 viele hundert Delegierte der Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages und der außerordentlichen Mitglieder des Verbandes zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Gastgeberstadt ist Köln. Auf dem Programm stehen Reden der Städtetagsspitzen sowie aus Bundes- und Landespolitik, unter anderem von Bundeskanzler Scholz und NRW-Ministerpräsident Wüst. Außerdem wird eine neue Präsidentin/ein neuer Präsident des Städtetages gewählt sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter und es sind Exkursionen im Stadtgebiet geplant. Die Hauptversammlung findet alle zwei Jahre statt und ist das oberste Organ des Deutschen Städtetages.

Folgen Sie der Hauptversammlung auf Twitter **#staedtetag23**

Eine Dokumentation während und nach der Veranstaltung finden Sie außerdem auf der Städtetagswebseite: [➔ www.staedtetag.de](https://www.staedtetag.de)

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn
Leiter Abteilung Kommunikation und
Medien

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de